Neue Helvetische Bank
Die Bank für Unternehmer
Seefeldstrasse 215, 8008 Zürich
Tel. 044 204 56 00
www.neuehelvetischebank.ch

Freitag, 20. März 2015 | Nr. 12 | 57. Jahrgang

AZA
CH-8820 Wädenswil
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: Stutz Druck, Postfach 465, 8820

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

DIE VOM VOLK ANGENOMMENEN VOLKSINITIATIVEN DER SVP WERDEN IN BERN MIT FÜSSEN GETRETEN

Das Bundesparlament desavouiert den Volkswillen

Ob es die Ausschaffungsinitiative oder die Masseneinwanderungsinitiative betrifft, ist nicht relevant. Sobald es im Nationalrat und im Ständerat um vom Volk gutgeheissene Initiativbegehren der SVP geht, werden alle Register gezogen, um die Forderungen so zurechtzustutzen, dass die Stossrichtung der Initiativen stark relativiert und damit die Umsetzung zur Makulatur wird. Mit der Einführung der Härtefallklausel kann praktisch jede Ausschaffung eines kriminellen Ausländers, mit einer an den Haaren herbeigezogenen Begründung, verhindert werden. Gegen dieses unakzeptable Verhalten, aller anderen Parteien, hilft nur noch der Gang an die Urne mit der Durchsetzungsinitiative.

Ernst Schibli
Nationalrat SVP
Otelfingen

Obwohl die Schweiz schwerste Probleme mit kriminellen und renitenten Ausländern hat, deren nicht gesetzeskonforme Aktivitäten die Kosten in jedem finanziellen Rahmen schlicht explodieren lassen, setzen die anderen Parteien alles daran, dass viele dieser Menschen nicht ausgeschafft werden sollen, sondern ihr Unwesen auch künftig in unserem Land treiben können. Die Zeche zahlt die Bevölkerung, weil sie direkt betroffen ist und sich im Einzelfall kaum zur Wehr setzen kann. Viele Politikerinnen und Politiker dokumentieren mit diesem Verhalten, dass ihnen Volksentscheide wenig bis gar nichts bedeuten. An Podiumsveranstaltungen tönt es dann jeweils ganz anders.

Genau jene, die sich im Parlament mit Händen und Füssen gegen eine abstimmungsgetreue Umsetzung der Volksinitiative zur Wehr gesetzt haben, versichern dann den interessierten Zuhörerinnen und Zuhörern vollmundig, dass sie sich vehement für die korrekte Handhabung des Volksentscheides einsetzen werden.

Das Volk muss über die Durchsetzungsinitiative entscheiden

Weil die CVP und die FDP eingeknickt und zusammen mit den Linksparteien gegen die Umsetzung des Volkswillens sind, muss die Durchsetzungsinitiative den Stimmberechtigten vorgelegt werden, damit nach der Zustimmung die Ausschaffung krimineller Ausländer endlich ausgeführt werden kann. Denn die Durchsetzungsinitiative wird dann sofort anwendbar. Sie fordert:

1. Eine Ausschaffung der Täter ist bei schweren Delikten (wie z.B. Mord, Raub, Vergewaltigung usw.) zu vollziehen, unabhängig davon, ob ein Täter vorbestraft war oder nicht.
2. Eine Ausschaffung ist zudem vorgesehen bei Wiederholungstätern in Bezug auf Delikte, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen (z.B. Bedrohung von Behörden, Entführung, Brandstiftung usw.).

Es darf davon ausgegangen werden, dass diese Forderungen bei der geplagten Bevölkerung auf breite Zustimmung stossen. Darum hat der Bundesrat bereits beschlossen, die Durchsetzungsinitiative erst nach den eidgenössischen Wahlen zur Abstimmung zu bringen. Die Landesregierung hat diesen Weg eingeschlagen, weil sie befürchtete, dass die SVP bei einem Abstimmungstermin vor den Wahlen mit dem Schwung der Durchsetzungsinitiative am 18. Oktober 2015 zusätzlich hätte profitieren können.

Masseneinwanderungsinitiative droht das gleiche Schicksal

Frau Bundespräsidentin und Justizministerin Sommaruga betont bei jeder Gelegenheit in der Öffentlichkeit, dass der Volkswille zu respektieren und die Masseneinwanderungsinitiative wortgetreu umzusetzen sei.

Doch in Wirklichkeit sind diese Aussagen lauter Scheingefechte und falsche Beschönigungen, um bei der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, dass die sieben besten Demokraten der Schweiz im Bundesrat zu suchen seien. Doch es ist offensichtlich, dass der Bundesrat auch diese, vom Schweizer Volk angenommene, Initiative mit der Hilfe einer komfortablen Parlamentsmehrheit zur Wirkungslosigkeit degradieren will.

Nicht umsonst hat der Bundesrat eine lückenhafte Umsetzungsgesetzgebung vorgelegt. Zudem macht er die Umsetzung von einer Anpassung des Freizügigkeitsabkommens abhängig. Man höre und staune: «Damit bekäme die EU ein Veto-Recht betreffend die Schweizer Gesetzgebung, weil eine innerstaatliche Umsetzung des Verfassungsartikels nur mit dem Einverständnis der EU möglich wäre!» Der Bundesrat unternimmt alles, um Brüssel zu hofieren, aber die Schweizer Bevölkerung in seiner wahren Absicht zu täuschen.

Ein solches Vorgehen ist aufs Schärfste zu verurteilen und mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Für Freiheit und unsere Rechte kämpfen

Dabei sind die Zuwanderungsprobleme nach wie vor wie ein «Fass ohne Boden». Auch im letzten Jahr belief sich die Netto-Zuwanderung auf gut 80000 Personen. Dies obwohl die Schweiz nächstens einen Ausländeranteil von 25 Prozent aufweisen wird. Mit dieser Ausländerquote ist es unabdingbar, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuern muss. Die besten Lösungsansätze sind sicher die Zuwanderung über Kontingente und der Inländervorrang.

Sollte sich der Migrationsdruck aufgrund des starken Frankens noch verstärken, so ist bei einer höheren Arbeitslosigkeit der Inländervorrang von grosser Bedeutung. Von grosser Wichtigkeit ist ein konsequentes Handeln, so dass Ausländer, ohne Arbeit, unser Land verlassen müssen und nicht mehrere Jahre in unseren Sozialwerken bleiben, wie das heute über die Personenfreizügigkeit geschieht. Nur in einem freien, eigenständigen, sicheren und souveränen Land können die Menschen ihre Rechte und die Freiheit optimal gestalten und nutzen. Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass dies auch in Zukunft möglich sein wird.

So wählen Sie richtig –
Wahlanleitung auf Seite 5

Tono Scherrer
Margrit Haller, bisher
am 12. April in den Kantonsrat
Und in den Regierungsrat:
Markus Kägi (bisher) und
Ernst Stocker (bisher)
Liste 1
www.svp-bezirk-horgen.ch

Nicht liegen lassen!
Finanzen und Buchhaltung
Finanzbuchhaltung, Planung und Beratung für die Revision, Beratung usw.
Steuererklärungen und Rechtsvorschläge
für Firmen und Private
Office-Support
Abwesenheits- und Ferienvertretung, Beratung usw.
Jetzt!
Steuer-Checkliste
GRATIS DOWNLOADEN
WL-CONSULTING.CH
044 726 11 24 | wl-consulting.ch

Kampagne
<lat.> campus (Feld, Feldzug)
Wer einen Feldzug beginnen will, muss genau wissen, worauf er sich einlässt: Was ist mein Ziel? Was sind meine Stärken und Schwächen? Was macht mein Gegner? Was kann an «Unvorhersehbarem» passieren? Nur wer seine Hausaufgaben gemacht hat, wird erfolgreiche Kampagnen führen können! Wir helfen Ihnen dabei…
Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
8600 Dübendorf / ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch
GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Wieder in den Kantonsrat
Für Sicherheit & Stabilität

jhofer.ch
Liste 1
2x auf Ihre Liste
Jacqueline Hofer
· Kantonsrätin Dübendorf
· 1. Vize-Präsidentin GR Dübendorf
· Justizkommission des Kantons Zürich
· Parlamentarische Gewerbegruppe, Wohn- und Grundeigentum und Sport
· Vorstand Kantonaler Gewerbeverb. Zürich
· Präsidentin Bezirksgewerbeverband Uster
· HEV Dübendorf & Oberes Glattal / Uster
Wahlspenden: PC-Konto Nr. 87-786913-1
Markus Kägi und Ernst Stocker
wieder in den Regierungsrat
SVP

Christoph Mörgeli

Geschichte – modern und faktenfrei

Von «Mörgeli in mir» schrieb unlängst der Schweizer Historiker Thomas Maissen in der Zeitung «Die Zeit». Er habe sich dabei ertappt, in Kategorien der «Nationalgeschichte» und der «geistigen Landesverteidigung» zu denken. Doch die berufsethische Differenz zwischen Maissen und mir ist weniger eine zwischen linkem Internationalem und rechtem Nationalkonservativem. Sondern sie liegt in der historischen Faktentreue.

Am 29. Juni 2014 schrieb Thomas Maissen in der «NZZ am Sonntag» über die angebliche Schweizer Parteinahme für Deutschland vor hundert Jahren. Und hielt fest, «dass zwei Generalstabsoffiziere regelmässig Geheimdienstinformationen an die Mittelmächte weiterreichten, wofür General Wille sie nur widerwillig und leicht bestrafte». Daran ist ziemlich alles falsch. Statt um «Geheimdienstinformationen» ging es 1915/16 um das normale tägliche Nachrichtenbulletin des Armeestabs. Dieses hätte zwar aus neutralitätspolitischen Gründen nicht weitergegeben werden dürfen. Aber ein ähnlicher Nachrichtenaustausch bestand im Interesse unserer Landesverteidigung auch mit Frankreich.

Das Divisionsgericht 5 in Zürich sprach die Obersten Egli und von Wattenwyl frei und überwies sie zur disziplinarischen Bestrafung an die Armeeführung. Nach einer zweistündigen Sitzung mit dem Gesamtbundesrat verhängte General Wille die höchstmögliche Strafe von zwanzig Tagen scharfem Arrest über die beiden Offiziere, die der Bundesrat sogleich ihrer Funktionen enthob. Die «Obersten-Affäre» wurde mit Max Huber von einem der landesweit besten Juristen untersucht. Mit etwas mehr «Mörgeli in ihm» hätte Thomas Maissen zu diesem Thema auch die seriösen Historiker Jürg Schoch (1972) und Hans Rudolf Fuhrer (2003) studieren müssen.

Ähnlich faktenfreie Schweizer Geschichte schrieb Jakob Tanner, als er 1987 in der «Friedenszeitung» den Oberbefehlshaber der Armee im Ersten Weltkrieg als «senilen General Ulrich» titulierte. In Wahrheit war Ulrich Wille keine Minute seines Lebens senil. Er wurde 1917 vielmehr Opfer einer ungeheuerlichen Intrige von Armeearzt und Gesamtbundesrat, der ihn mit einer falschen Diagnose loswerden wollte. Auch dieses trübe Kapitel wurde historisch sorgfältig aufgearbeitet. Mit etwas mehr «Mörgeli in ihm» könnte Jakob Tanner all das nachlesen. In einem 22-seitigen wissenschaftlichen Aufsatz. Von Mörgeli.

BERICHT ÜBER DIE FRÜHJAHRSSESSION – 3. WOCHE

Zähes Ringen um die Ausweisung krimineller Ausländer

Der Nationalrat hat fast viereinhalb Jahre nach Annahme des Verfassungsartikels über «die Ausschaffung krimineller Ausländer» durch Volk und Stände die gesetzgeberisch korrekte Umsetzung dieses Auftrags vom 28. November 2010 verweigert. CVP und FDP liessen den zuvor mitgetragenen Kompromiss schnöde im Stich. Somit bleibt der SVP als Initiantin nur die Durchsetzungsinitiative, um mit Hilfe des Stimmvolkes die Respektierung des Entscheides in «Bern» sicherstellen.

Hans Egloff
Nationalrat SVP
Aesch ZH

Rund 500 kriminelle Ausländer pro Jahr können gegenwärtig in ihre Herkunftsländer zurückgeschafft werden. Volk und Stände wollten mit der Ausschaffungsinitiative der SVP erreichen, dass eine Ausschaffung bei schweren Straftaten die zwingende Folge einer Verurteilung sein müsse. Bis zu 18 000 verurteilte ausländische Straftäter könnten so ausgewiesen werden.

Die Umsetzung des Auftrags ist im Nationalrat an den Abschleichern von CVP und FDP gescheitert: Sie stemmten sich mit den linken Parteien gegen den Volkswillen und unterstützen so die weitere Verhätschelung schwer krimineller Ausländer und die Verhöhnung ihrer Opfer.

Doch dank der Durchsetzungsinitiative der SVP kann das Volk die Ausschaffung krimineller Ausländer sicherstellen, weil dieser Verfassungsartikel sofort und direkt anwendbar sein wird. Die Ausschaffung soll bei schweren Delikten (z.B. Mord, Raub, Vergewaltigung usw.) zwingend erfolgen. Die Ausschaffung ist zudem vorgesehen für Wiederholungstäter bei Delikten, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit beeinträchtigen (z.B. Bedrohung von Behörden, Entführung, Brandstiftung usw.).

Gehen an Ort

Unser Zürcher Fraktionskollege Gregor A. Rutz schilderte im Ratsplenum die leidvolle Geschichte des Verfassungsauftrags: «Als wir dieses Geschäft das letzte Mal behandelten, stimmten wir einem Kompromiss zu, den die Staatspolitische Kommission vorgeschlagen hatte. In der Zwischenzeit haben wir wieder einen grossen Schritt zurück gemacht. Die Mehrheit der Kommission hat sich umentschieden, der Version des Ständerates zuzustimmen, bei der nur noch schwer erkennbar ist, welche Initiative damit umgesetzt werden soll.»

Rutz erinnerte den Nationalrat an den Zweck des Verfassungsartikels. Erfolgreich sei diese Initiative gewesen, weil die Gerichts- und Behördenpraxis als zu lasch empfunden wurde. «Jetzt aber sind wir aber im Begriff», fuhr Rutz fort, «ein Gesetz zu beschliessen, das sich nahtlos in die bisherige Praxis einfügt. Das ist nicht der Sinn der Übung. Es geht hier nicht darum, dass Sie das beschliessen, was Sie gerne möchten. Es geht darum, dass Sie das beschliessen, was Volk und Stände im November 2010 entschieden haben.»

Unser St. Galler Fraktionskollege und Parteipräsident Toni Brunner war «schlichtweg nur noch enttäuscht». Das Schweizervolk habe in 26 Kantonen und in seiner Mehrheit explizit Nein gesagt zu einer Einzelfallbeurteilung und zu einer Härtefallklausel. Genau das aber wolle der Ständerat wieder erzwingen.

Faire Verkehrsfinanzierung

Mit ihrer «Milchkuh»-Volksinitiative vom 10. März 2014 «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» wollen Automobilimporteure und Strassenverbände erreichen, dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer vollständig der Finanzierung des Strassenverkehrs dienen. Heute wird nur der Mineralölsteuerzuschlag von rund zwei Milliarden Franken pro Jahr dafür eingesetzt. Weitere drei Milliarden Franken fliessen je zur Hälfte in den Strassenverkehr und in die allgemeine Bundeskasse.

Im Ständerat wurden vor allem wegen möglichen Steuerausfällen von 1,5 Milliarden Franken Bedenken geäussert. Einzelne sahen im Volksbegehren gar einen «Frontalangriff auf die bisherige Verkehrs-, Umwelt- und Finanzpolitik des Bundes». Die vom Bundesrat und vom Ständerat zur Ablehnung empfohlene Initiative beschäftigt nun noch den Nationalrat.

Neuer Nachrichtendienst

Die dritte Sessionswoche war im Nationalrat geprägt durch die Beratung des neuen Nachrichtendienstgesetzes. Es ging um die Kernfrage, ob der Nachrichtendienst künftig Telefone abhören, Computer hacken und Datenströme scannen soll oder nicht. Vor sechs Jahren war der Bundesrat damit am Widerstand von SVP, SP und Grünen gescheitert. Inzwischen hat die SVP ihre Beurteilung aufgrund der veränderten Bedrohungslage durch den Terrorismus modifiziert.

Für die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) legte unser Solothurner Fraktionskollege Roland Borer dar, dass es bei der Vorlage um eine «klassische Güterabwägung zwischen der Sicherheit und dem Schutz der Bevölkerung und des Landes einerseits und dem Schutz der individuellen Daten und der Persönlichkeitsrechte anderseits» gehe. Dieser Spagat sei mit der präsentierten Lösung gut gelungen, und auch die Verhältnismässigkeit sei dabei gewahrt worden.

«Aus Sicht der SVP» erachtete es unser Schaffhauser Kollege Thomas Hurter als «richtig, dass wir den Nachrichtendienst zur Wahrung wesentlicher Landesinteressen in besonderen Lagen einsetzen». Es gehe schliesslich um den Schutz der Industrie, der Wirtschaft, des Bundes und der Bevölkerung, und es gehe um die Möglichkeit, neue Bedrohungen frühzeitig zu erkennen und auch zu reagieren.

Diese pragmatische Beurteilung setzte sich bei der Detailberatung mit soliden Mehrheiten durch.

Öffentliche Veranstaltung

Wie bleiben wir frei?

Nationalrat Toni Brunner
nimmt Stellung zu aktuellen Themen

Mittwoch, 25. März 2015, 19.30 Uhr
Rest. «La Cantina, Settimio», Im Schörli 5, 8600 Dübendorf

Mit dabei sind unsere Kantonsratskandidaten aus Dübendorf:
Jacqueline Hofer, Orlando Wyss und Patrick Walder

Anschliessend wird ein Apéro offeriert

Sie sind herzlich willkommen!
www.svp-duebendorf.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

REINE ZWÄNGEREI

Linker Bundesrat will neue Energiesteuern

Der Bundesrat hat letzten Freitag, nicht einmal eine Woche, nachdem das Schweizer Volk in einer historisch klaren Abstimmung eine ökologische Steuerreform abgelehnt hat, eine eigene Ökosteuervorlage präsentiert. Das ist reine Zwängerei. Bevölkerung und Wirtschaft sollen einmal mehr zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden, um die ideologisch motivierten Ziele der Bundesratsmehrheit im Bereich der Energie- und Klimapolitik zu erreichen. Eine neue und teure Umverteilungsmaschinerie soll installiert werden. Die SVP lehnt dies vehement ab.

SVP. Es braucht schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit, so kurz nach einer derart klaren Ablehnung durch das Volk eine Vorlage zu präsentieren, welche sich in der Systematik nur bedingt von der Volksinitiative der Grünliberalen unterscheidet. Am 8. März 2015 haben sich die Stimmbürger einmal mehr gegen zusätzliche Steuern, Abgaben und Gebühren sowie Umverteilungen gewehrt. Nach Meinung des Bundesrates sollen Energieträger wie Heizöl, Strom und Benzin, welche für die Bevölkerung und unsere Wirtschaft unabdingbar sind und bereits heute übermässig steuerlich belastet werden, in Zukunft noch teurer werden.

Salamitaktik wird fortgesetzt

Die vorgesehenen Erhöhungen auf Heizöl, Strom und Benzin sind zwar kleiner als die Vorschläge der abgelehnten Volksinitiative, sie sind jedoch erst ein erster Schritt. Wie so oft wendet der Bundesrat eine klassische Salamitaktik an. Sind die Instrumente für die Erhöhungen erst einmal in Kraft, werden diese sukzessive erhöht. Passend zu diesem Vorgehen ist auch die Begrifflichkeit der neuen Steuern. Mit dem Wort Lenkungsabgabe und dem Zusatz, dass diese Abgaben wieder an die Bevölkerung zurückfliessen, wird suggeriert, dass die neuen Abgaben keine zusätzliche Belastung darstellen, sondern haushaltsneutral seien. Wir erinnern uns: Dasselbe wurde damals bei der Einführung der CO_2-Abgabe gesagt. Nach kurzer Zeit beschloss das Parlament eine Zweckbindung dieser Abgabe oder mit anderen Worten eine neue Steuer.

Umverteilungsübung mit vielen Verlierern

Klar ist auch, dass mit den Kostenerhöhungen auf Energie und Mobilität nicht nur die gesamte Bevölkerung und die Wirtschaft, sondern insbesondere einmal mehr die Rand- und Bergregionen unter die Räder kommen werden sowie das Gewerbe, welches jeweils nicht von grosszügigen Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen profitieren kann. Solche Umverteilungseffekte sind weder berechtigt noch sinnvoll.

Die SVP wird die Einführung einer neuen Lenkungssteuer deshalb klar bekämpfen. Sie führt zu einem massiven Kostenschub für den Produktionsstandort Schweiz, verteuert die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung und gefährdet Arbeitsplätze und Wohlstand. Mit den heutigen Vorschlägen wird auch immer klarer, welche Dimensionen die Energiestrategie 2050 annehmen wird. Eine ungewisse Energiezukunft kostet uns Milliarden und führt zu einer grenzenlosen und ineffizienten Umverteilungsübung.

Fataler Syrien-Fehlentscheid des Bundesrates

Die Absicht von Bundespräsidentin Sommaruga und Bundesrat Burkhalter, dass die Schweiz zusätzlich 3000 Asylbewerber aus Syrien aufnehmen soll, ist falsch, willkürlich und auch aus finanzieller Sicht unsinnig – und er ist ein fatales Signal zur Anheizung der Schlepperindustrie.

Hans Fehr
Nationalrat SVP
Eglisau

Die Schweiz leistet für die syrischen Flüchtlinge bereits überdurchschnittlich viel. Seit Ausbruch des Konflikts im Jahr 2011 haben wir rund 10 000 Syrer aufgenommen, zudem haben wir in den Flüchtlingslagern im Grenzgebiet bisher Hilfe für rund 130 Millionen Franken geleistet; ebenso werden viele Syrer mit Angehörigen in der Schweiz erleichtert aufgenommen.

Viel sinnvoller und wirksamer ist es, die Hilfe vor Ort – in den riesigen Flüchtlingslagern der Türkei, Jordaniens und des Libanon – weiterzuführen und nötigenfalls zu verstärken. Mit der gleichen finanziellen Hilfe vor Ort bewirken wir etwa das 200-fache gegenüber einer Unterbringung und Betreuung in der Schweiz. Zudem wäre die Auswahl von 3000 (aus mehreren Millionen) Schutzbedürftigen willkürlich und ungerecht.

Und das Signal nach aussen («Kommt zu uns, die Schweiz nimmt euch in jedem Fall auf») wird die menschenunwürdige Schlepperindustrie zusätzlich anheizen. Die «Kosten» von 5000–8000 Dollars können ohnehin nur die besonders Privilegierten bezahlen. Darum muss sich die Schweiz auf die Hilfe vor Ort konzentrieren und in diesem Bereich keine zusätzlichen Türen öffnen.

AUS DEM KANTONSRAT

Kantonsrat passt Stipendienvergabe an

In den vergangenen Jahren sind zahlreiche Vorstösse eingereicht worden, welche das Stipendiengesetz ändern wollten. So ging es darum, Eltern den Wiedereinstieg zu erleichtern, die Studienfinanzierung mit einer stärkeren Beteiligung der Studierenden neu zu regeln, sowie die Aus- und Weiterbildung zu unterstützen.

Margreth Rinderknecht
Kantonsrätin SVP
Wallisellen

Alle diese Vorstösse konnten nun als erledigt abgeschrieben werden. Die Forderungen und Wünsche der Vorstösse wurden weitgehend im neuen Gesetz aufgenommen. Dessen Eckpfeiler sind: Eltern sollen weniger zur Kasse gebeten werden, es soll Anreize geben, ein Studium rasch durchzuziehen, und statt Stipendien sollen vermehrt und ab 35 Altersjahren nur noch Darlehen gewährt werden.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) wies darauf hin, dass zum Ende der langen Verhandlungen in der Kommission eine gute Lösung zu Stande gekommen sei. Trotzdem kamen ein paar Minderheitsanträge zur Abstimmung.

Von SVP-Seite, unterstützt von (echt-)bürgerlichen Fraktionen, soll die Altersobergrenze bei 45 Jahren und nicht wie von linker Seite inkl. CVP gefordert bei 50 Jahren zu liegen kommen. Da aber in diesem Alter sowieso nur noch Darlehen gewährt werden, ist diese Forderung nicht direkt finanzrelevant. Mit 95:72 Stimmen wurde entschieden, die Obergrenze bei 45 Jahren festzulegen, so wie es auch der Regierungsrat gefordert hatte.

Normbiografie

Eine weitere Differenz besteht im Definieren der Normbiografie von Studierenden. Die Mehrheit der Kommission beantragt, ab Vollendung des 25. Altersjahres Stipendien nur noch unter Berücksichtigung von erhöhten Eigenleistungen auszurichten. Wenn gewisse Bedingungen erfüllt sind, wie Erwerbstätigkeit, Betreuung von eigenen Kindern, Krankheit oder Zivildienst kann diese Zeit bis zum 28. Lebensjahr verlängert werden.

Der Rat hatte zu entscheiden, ob generell bis 28 Jahren – wie es die SP wollte – existenzsichernde Stipendienbeiträge ausbezahlt werden sollen, oder ob diese Grenze bei 25 Jahren liegen soll, mit erwähnten Ausnahmegründen. Der Rat verwarf den linken Vorschlag mit 114 zu 54 Stimmen klar. Neu soll es auch Unterstützung geben bei Ausbildungen in der Berufsbildung und bei Brückenangeboten zwischen Volksschule und Berufsbildung. Linke Minderheitsanträge wollten noch die Rückzahlzeit von Darlehen senken und als mögliche Darlehensbank.

Die nun in der ersten Lesung genehmigte Gesetzesänderung ermöglicht den Zugang für ein paar hundert Studierende, finanziell werden 5 bis 6 zusätzliche Millionen Steuergelder benötigt.

Und wieder ein Konkordat …

Das Gesetz über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen wurde von der SVP abgelehnt. Einmal mehr soll der Kanton einem Konkordat beitreten, ohne dass zurzeit grosse Vorteile daraus absehbar sind.

Der Kanton Zürich erfüllt alle gestellten Vorgaben mit der Genehmigung der Änderungen im Stipendiengesetz. **Claudio Zanetti** (SVP, Gossau) argumentierte: «Im Gegensatz zu einer Olympiade gilt nicht ‹dabei sein ist alles›. Unabhängig von unserem Konkordats-Beitritt, haben wir mit dem Erfüllen der Bedingungen Anspruch auf die Gelder des Bundes.

Heikel ist einmal mehr, dass wir nicht wissen, wie sich dieses Konkordat weiterentwickelt. Wieso müssen wir beitreten, wenn es uns nichts bringt, wir verlieren nichts und gewinnen nichts.» Der Nichteintretensantrag wurde mit 120 zu 48 Stimmen abgelehnt.

Neubau der ZHAW im Sulzerareal

Zur Debatte stand am Montag auch die Bewilligung eines Objektkredites für die Miete, den Mieterausbau und den Spezialausbau der Halle 52 für die Bachelor-Ausbildung im Gesundheitsbereich. **Pierre Dalcher** (SVP, Schlieren) vertrat als Präsident die Meinung der Kommission für Planung und Bau und hob die Wichtigkeit dieses Baus für die ZHAW heraus.

Sehr kritisch äusserte er sich zur Form der Mietliegenschaft: «Es gab keine Möglichkeit, mit Anträgen etwas einzufordern oder zu ändern. Die Fragen nach den Baukosten der Implenia wurden nicht beantwortet. Der Kantonsrat wird politisch ausgehebelt, nach dem Motto «Vogel friss oder stirb!» Und weiter meinte er noch: «Es ist zwar eine Tatsache, dass der Kanton nicht über eigene Grundstücke an geeigneter zentraler Lage mit genügend Potential verfügt, so dass die Mietlösung der Not gehorcht.

Gefordert ist allerdings eine stärker voraussehende Schulraumplanung, die möglichst auf kantonseigene Gebäude setzt. Es ist nicht gesagt, dass der Kantonsrat eine weitere solche Hauruckübung einfach wieder mit resigniertem Kopfnicken absegnen wird!» **Jakob Schneebeli** (SVP, Affoltern) hat die Kosten ganz genau unter die Lupe genommen: «Das Ganze ist Zahlenscharlatanerie! Findige Köpfe haben aus dem Mietvertrag ein Finanzleasinggeschäft gemacht. Wir entscheiden heute über ein Kreditbegehren für die Miete über Fr. 81,5 Mio. Über die gesamte Laufzeit des Vertrages von 40 Jahren werden jedoch CHF 138,4 Mio, oder 70 Prozent mehr an Miete bezahlt, ohne Berücksichtigung der Teuerung.

Auf diese Nettomiete sind noch die Nebenkosten aufzurechnen, welche sich nach Hochrechnung des Immobilienamtes auf ca. Fr. 576 000 pro Jahr belaufen, was über die Laufzeit von 40 Jahren noch einmal Fr. 23 Mio. ergibt. Folglich werden für die zu bewilligende Objektkreditsumme von Fr. 81,05 Mio insgesamt rund Fr. 161 Millionen fliessen, das sind 198 Prozent der Kreditsumme.

Ähnlich, einfach mit anderen Zahlen, verhält es sich beim Kreditbegehren für den sogenannten Mieterausbau, auf welchen die Mieterin aber keinen Einfluss geltend machen kann. Nicht aufgeführt sind die Kosten für Ausstattung und Möblierung, welche vom Fachhochschulrat zu bewilligen sind.» Der Rat stimmte einstimmig der Ausgabenbremse aller Teilbereiche zu, womit der Kredit gesprochen und das Geschäft erledigt ist.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Aus- und Weiterbildung ist eine Investition in die eigene Zukunft

Rochus Burtscher
Kantonsrat SVP
Dietikon

Der Kanton Zürich hat ein grosses Interesse, gut ausgebildete junge Menschen hervorzubringen, die unsere anstehenden Probleme lösen können. Die Hochschulen, die Fachhochschulen, Berufs- und Mittelschulen wie auch die Volksschule leisten hierzu einen grossen Beitrag. Was wir nicht wollen, sind ewige Studenten, die auf Kosten der Allgemeinheit einfach ein bisschen studieren wollen. Diejenigen, die ein Studium wählen, müssen sich der grossen Herausforderung bewusst sein.

Die kantonsrätliche Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) hat aufgrund von fünf politischen Vorstössen zu Stipendien eine umfassende Reform gebaut. Zürich gehört zu den Kantonen, die verhältnismässig wenige Stipendien ausrichten. Mit dieser Reform wollte man Verzerrung, Schwelleneffekt sowie Fehlanreize minimieren sowie eine administrative Vereinfachung erreichen. Die von der Subkommission ausgearbeiteten Vorschläge wurden in die Vernehmlassung geschickt. Auch die kantonale Bildungskommission der SVP hat an dieser Stipendienreform-Vernehmlassung teilgenommen. Dazu hat sie in zwei Sitzungen die vorgeschlagenen Änderungen, Wünsche und Absichten intensiv diskutiert und ihre Standpunkte abgegeben. Die SVP ist erfreut, dass ein beachtlicher Teil unserer Standpunkte in die Stipendienreform eingeflossen sind, die auch von den anderen Parteien geteilt werden und wurden.

Die Stipendienreform war nötig, da der administrative Aufwand unmöglich geworden ist. Diese Stipendienreform entspricht dem politisch Machbaren mit vielen Verbesserungen. So werden Eltern entlastet, es gibt existenzsichernde Stipendien für Stipendienberechtigte bis und mit dem 25sten Altersjahr. Wer dann seine Ausbildung noch nicht abgeschlossen hat, kann bis zum 35. Altersjahr entweder stark gekürzte Stipendien mit erhöhten Eigenleistungen oder ein 100 Prozent existenzsicherndes, rückzahlbares Darlehen beantragen. Dieses Wahlmodell wurde durch die Vertreter der SVP eingebracht und fand sowohl eine Mehrheit in der Kommission wie auch im Rat.

Die SVP hätte zwar lieber nur Darlehen gesehen. Doch mit Freude konnten wir dann feststellen, dass auf unseren konstruktiven Vorschlag des Wahlmodells eingegangen wurde. Für die SVP gab es noch ein weiteres Hauptanliegen, nämlich, dass hervorragende Leistungen der Studenten honoriert werden können. Dieser Ansatz ist natürlich nur möglich bei der Vergabe von Darlehen. Ganz am Schluss der Beratung hat diese Leistungshonorierung Eingang in die Vorlage gefunden.

Im Prinzip ist die normbiographische Bildung grösstenteils mit dem 25. Altersjahr abgeschlossen, doch es kann Ausnahmen geben, die einen Unterbruch verursachen. So wird auf Militär, Mutterschaft, Krankheit oder auch Werkstudium Rücksicht genommen.

Ab dem 35. bis und mit dem 45. Altersjahr sind nur noch Darlehen gewährt. Wir gehen davon aus, dass im Alter von 45 in der Regel die Ausbildung abgeschlossen ist. Zudem kann hier erwartet werden, dass eigenverantwortlich gehandelt wird. Lebenslanges Lernen. Eine der fünf parlamentarischen Instrumente forderte dennoch die Alterserhöhung des Beitragsbezugs von 45 auf 50. Der SVP-Minderheitsantrag zum Belassen des Beitragsbezugs bei 45 wurde von FDP, GLP und EDU unterstützt. Somit kehrte sich der Minderheitsantrag zum Mehrheitsentscheid.

Alle Parteien konnten am Schluss dieser ausgewogenen und von Kompromissen geprägten Vorlage zustimmen.

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK:

Der Kantonsrat hat am Montag …

- … verschiedene Vorstösse zur Änderung der bestehenden Stipendienregelung abgeschrieben.
- … das Gesetz über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen in 1. Lesung beraten.
- … Objektkredite für die Miete, den Mieterausbau und den Spezialausbau der Halle 52 im Sulzerareal in Winterthur für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften bewilligt.

16. März 2015

JUNGE SVP DES KANTONS ZÜRICH IM WAHLKAMPF

Die Zukunft der Zürcher SVP

Gesamthaft 17 Mitglieder der Jungen SVP Kanton Zürich (JSVP ZH) stellen sich am 12. April zur Wahl in den Kantonsrat. Dies zeigt, dass die JSVP ZH ihre Verantwortung als Nachwuchsgefäss wahrnimmt und somit einen wichtigen Beitrag für das Fortbestehen der SVP leistet.

Christian Hiltbrunner
Vize-Präsident der Jungen SVP des Kantons Zürich
Illnau-Effretikon

Eine gute Nachwuchsförderung ist ein essentieller Bestandteil in jeder Unternehmung. Es ist eine Investition in die Zukunft und erlaubt es, neue, qualifizierte und mit der Firmenpolitik vertraute Leistungsträger aufzubauen. Das Gleiche gilt im Speziellen auch für Parteien. Wird dieser Bereich vernachlässigt, so schafft sich die Partei langsam aber sicher von innen heraus ab.

Wer in der heutigen Politik erfolgreich sein will, muss sich frühzeitig mit diesem Handwerk auseinandersetzen. Als «Quereinsteiger» ohne politischen Leistungsnachweis hat man es zunehmend schwer. Die Junge SVP Zürich nimmt sich dieser Herausforderung an und zeigt auch dieses Jahr wieder, dass sie sich als «Lehrwerkstatt» der SVP entsprechend positionieren kann.

Die 17 Vertreter der JSVP ZH entsprechen rund 10 Prozent der gesamten SVP-Kandidaten. Die Zusammenarbeit mit der SVP Kanton Zürich (SVP ZH) und den einzelnen Bezirken wurde in den letzten Jahren intensiviert. Umso mehr freut es uns, dass die Leistungen der JSVP ZH nun entsprechend anerkannt werden. Es bleibt aber festzuhalten, dass nicht in allen Bezirken ein Kandidat der JSVP ZH ins Rennen geschickt werden konnte. Somit bleibt Luft nach oben und wir werden uns weiterhin bemühen, auch dort geeignete Jungpolitiker aufzubauen und zu positionieren.

KR-Kandidaten der JSVP ZH

Kaspar Tina	Bülach
Theiler Pascal	Dielsdorf
Fuhrer Beat	Hinwil
Colombo Marco	Hinwil
Guyer Jürg	Hinwil
Steiner-Keller Kerstin	Horgen
Kessler Olivier	Kreis 11/12
Borer Anita	Uster (bisher)
Walder Patrik	Uster
Fischer Benjamin	Uster
Bernhard Deborah	Uster
Fedi Remo	Winterthur
Gubler Matthias	Winterthur
Wittwer Martin	Winterthur
Rütsche Pascal	Winterthur
Büchi Simon	Winterthur
Leupi Chantal	Winterthur

Junge SVP für eine sichere und stabile Zukunft

Die «Lehrwerkstatt» JSVP ZH legt neben guter Zusammenarbeit mit der SVP ZH Wert darauf, mit den eigenen Produkten zu überzeugen. Dementsprechend werden wir auch dieses Jahr wieder mit einer eigenen Liste in den NR-Wahlkampf eingreifen. Die Wahlkommission hat ihre Arbeit anfangs Jahr aufgenommen und wird ihre Kandidaten bereits am 22. Mai 2015 im Rahmen einer ausserordentlichen Generalversammlung zur Nomination vorschlagen.

Mit unserem politischen Programm positionieren wir uns als eigenständige Partei. Wir setzen uns für die Interessen der jungen Generation ein. So steht die neue Initiative «Zürcher Lehrplan vors Volk» unter der Federführung unserer ehemaligen Präsidentin und aktiven Kantonsrätin Anita Borer. Ebenfalls wurde mit der Aktion «Schuldenuhr» der Zürcher Bevölkerung die Schieflage unseres Finanzhaushaltes aufgezeigt.

Die Junge SVP ZH setzt sich mit ihren Mitgliedern und Behördenvertretern für eine sichere und stabile Zukunft ein und wir stellen sicher, dass auch in Zukunft qualifizierte Politiker die wichtigen Werte der SVP vertreten werden.

Der Autor ist Vize-Präsident der Jungen SVP des Kantons Zürich und Gemeinderat von Illnau-Effretikon.

GERICHTE MIT GESCHICHTE UND EIN BÜRGERLICHES ERFOLGSREZEPT

«SVP bi dä Lüt» im Zentrum von Uster

Die SVP Uster veranstaltete am Samstag, 14. März 2015, eine Standaktion im Ustermer Zentrum. Das Ziel war, den Kantonsratskandidaten eine Plattform zu bieten, damit sie mit der Ustermer Bevölkerung in Kontakt treten konnten. Politiker aus dem ganzen Bezirk nutzten die Gelegenheit.

Zusätzliches Vergnügen bereitete die Anwesenheit von Buchautor Walter Messmer aus Bubikon. Er versorgte die Besucher mit feinen Zürcher-Oberländer-Köstlichkeiten, welche aus seinem Rezeptebuch «Essen und Trinken im Zürcher Oberland gestern und heute» stammen. Messmer ist Dorfchronist und das merkt man auch, wenn man in seinen Büchern blättert: Ihm gelingt es gekonnt, eine historische Rezeptsammlung aus dem Zürcher Oberland mit Geschichte zu koppeln. Gerichte mit Geschichte, könnte man sagen.

An dieser Stelle erlauben wir uns, Ihnen – ohne Messmers Rezepte-Sammlung zu konkurrenzieren – ein weiteres hervorragendes Rezept zu empfehlen: Man nehme für die Kantonsratswahlen vom 12. April 2015 die Liste 1, SVP, und lege sie unverändert in das Stimmkuvert. Solide, bürgerliche Kost ist Ihnen garantiert.

En Guete!

Patrick Borer, SVP Uster

Ustermer und Volketswiler unter sich, von links nach rechts: Markus Ehrensperger, Benjamin Fischer, Anita Borer, Bruno Walliser, Giuseppe Biacchi.

Die SVP steht ein für bürgerliche Politik. SVPler im Ustermer Zentrum (Kantonsratskandidat Karl Bertschinger hinten. Nicht auf dem Bild ersichtlich sind Priska Sonderegger und Tobias Infortuna).

SVP NEFTENBACH

Wahlapéro & Sessionsbericht im Frohhof

Nationalrat Jürg Stahl aus Brütten, der sich im Herbst wieder der Wahl stellen wird, zog zum Wahlapéro der SVP im stimmungsvollen Frohhof eine beachtliche Anzahl interessierter Bürger aus allen politischen Lagern an. Kantonsratskandidat Urs Müller, Gemeinderat aus Neftenbach, konnte sich in diesem Umfeld gekonnt präsentieren und auch positionieren.

Bereits beim Apéro entstanden intensive Gespräche unter den Teilnehmern und alle waren gespannt auf die Ausführungen der beiden Kandidaten.

Zuerst ergriff Urs Müller das Wort. Er skizzierte seine Überlegungen zur Finanzierung der Gesundheitskosten für die ältere Bevölkerung, wenn man die prognostizierten Zahlen inklusive der Generation «Baby Boomer» berücksichtigt. Vor allem die wachsende Belastung für die Region bereitet ihm Sorgen, da der Kanton immer mehr Aufgaben in die Gemeinden verschiebt, selber aber weiter an Personal zulegt. Als Geschäftsführer eines grossen Alterszentrums, dem 12 umliegende Gemeinden angeschlossen sind, ist ihm dieser Umstand täglich bewusst.

Aus seinen Voten wurde rasch klar, dass eine starke Vertretung im Kantonsrat für die Region sehr wichtig ist, damit deren Interessen ausreichend berücksichtigt werden. Ein weiteres Anliegen ist ihm der öffentliche Verkehr, der nur zur Stadt Winterthur gut ausgebaut ist. Anhand einer Karte demonstriert er die fehlenden Querverbindungen innerhalb unserer Region. Neben der längst fälligen Stärkung des Individualverkehrs sollte ein Rundkurs

Gemeinderat und KR-Kandidat Urs Müller packt die Probleme der Gemeinden an.

um die Stadt herum geführt werden, um nicht gezwungen zu sein, zunächst nach Winterthur zu fahren und damit einen grossen Umweg in Kauf zu nehmen.

Nach Urs Müller war die Reihe an Jürg Stahl, seit letztem November 2. Vizepräsident des Nationalrates, der direkt von der Frühlings-Session in Bern kam.

Er präsentierte gleich zu Anfang die reichbefrachtete Traktandenliste des Tages, was aufzeigte, dass man sich auf einige Fachgebiete festlegen muss, um Beiträge mit Gehalt zu liefern. Bei der Schilderung der Abläufe im Nationalrat konnte Jürg Stahl zeigen, dass er ein engagierter Insider des Betriebs ist. Stahl informierte, dass die vom Parlament verwässerte Umsetzung der Ausschaffungsinitiative die SVP zwingt, die Durchsetzungsinitiative nun vor das Volk zu bringen.

Die Fragen am Ende der Referate wurden ebenfalls kompetent beantwortet, was aufzeigte, dass beide ihre Dossiers beherrschen und ihre Aufgaben hervorragend vertreten können. Mit Jürg Stahl als Nationalrat hat die SVP einen Garanten im Parlament, der fachkundig ist und die Region hervorragend vertritt. Eben diese Voraussetzungen erfüllt auch Urs Müller, dem wir alles Glück wünschen, damit er fortan «unser Mann» im Kantonsrat ist.

Zum Ausklang wurde fleissig weiter diskutiert und zum ausgezeichneten Wein vom Verein «Steig 1707» fand der Anlass seinen Abschluss.

*Cornelia Amacker, SVP Neften*bach

SVP BEZIRK DIETIKON

Wahlkampf auf der Strasse

Auch an diesem Wochenende führten die Kantonsratskandidaten des Bezirks Dietikon in Schlieren und Oberengstringen Standaktionen durch. Dank dem Blickfang vom «Piaggio» kamen viele Menschen an den Stand, um dieses Gefährt genauer zu betrachten. Daraus erfolgten viele interessante Gespräche, diese reichten von regionalen bis nationalen Themen. Die Äpfel wie auch die Tirggel waren dankbare «Mitbringsel». Am 21. März erfolgt in Geroldswil die nächste Standaktion und am 28. März gleichzeitig in Dietikon, Schlieren, Urdorf und Aesch. Wir freuen uns auf viele Besucher.

Rochus Burtscher, Hans Wiedmer, Pierre Dalcher und Markus Binder (v. l.) machen Werbung für die Liste 1.

VOLKSWIRTSCHAFTSDIREKTOR ZU GAST IN MARTHALEN

Ernst Stocker liess sich den KMU-Betrieb PAMAG zeigen

Der Zürcher Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker besuchte am Samstagvormittag den Marthaler KMU-Betrieb PAMAG. Dabei erhielt er einen breiten Eindruck und hörte zugleich auch, wo der Schuh drückt.

RoMü. «Wir sind hier in einem von 96000 Betrieben im Kanton Zürich. Deshalb ist für mich der Besuch von Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker fast wie ein Sechser im Lotto», hielt Paul Mayer an der Begrüssung der Gäste fest. Zu Gast waren dabei die SVP-Kantonsratskandidaten, zu dehnen auch Gastgeber Paul Mayer gehört.

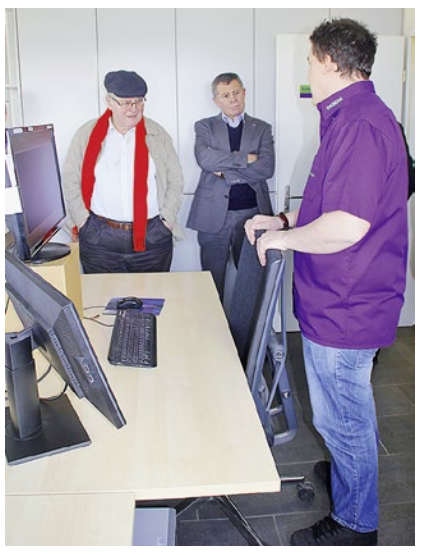
Sein Unternehmen gründete er vor 22 Jahren und hat es bis heute zu einem beachtlichen KMU-Betrieb mit über 30 Mitarbeitern und 10 Lehrstellen ausgebaut. «Wir produzieren zu 100 Prozent in der Schweiz und beziehen unsere Produkte ausschliesslich vom Schweizer Markt», hielt Mayer fest. «Wir sind kürzlich gar von Bundesrätin Simonetta Sommaruga für unser soziales Engagement in der Berufsbildung ausgezeichnet worden», fügte Mayer bei. Konkret bildet er in seinem Betrieb eritreische Flüchtlinge mit durchaus beachtlichem Erfolg zu Metallbauern aus.

Anschliessend folgte in drei Gruppen ein Rundgang durch den Betrieb, wo Regierungsrat Ernst Stocker wie auch die zahlreichen Besucher einen Einblick in die verschiedenen Planungs- und Entwicklungsstufen inklusive Produktion und Montage erhielten.

Wünsche anbringen

«Stehen von unseren Monteuren und weiteren Mitarbeitern deren 12 am Morgen und Abend täglich je 10 Minuten im Stau, so verursacht dies mehr Kosten als ein Arbeitsplatz», rief Mayer in Erinnerung. Doch ihm wie auch anderen Betrieben macht auch die ständig zunehmende, staatlich zwangsauferlegte Bürokratie Sorgen. «Wir müssen beispielsweise für Lohnstrukturerhebungen, weitere Statistiken oder für die Umsetzung der neuen Rechnungslegung unzählige Stunden aufwenden, welche kaum abgewälzt werden können», gab Mayer dem Regierungsrat weiter auf den Weg. «Ich freue mich jeweils sehr, wenn ich solche KMU- Betriebe besichtigen kann, welche mit Herzblut und Leidenschaft geführt werden», betonte Stocker. Denn für ihn sind diese Betriebe im Kanton Zürich das Rückgrat der gesamten Volkswirtschaft. Für ihn ist aber auch wichtig, dass diese gut abgestützt und vor allem auch gut vernetzt sind.

Schlussendlich hatten auch die Kantonsratskandidaten Konrad Langhart, Martin Zuber und Jürg Grau das Wort. Auch für die drei weiteren Kandidaten ist ein starkes und leistungsfähiges Gewerbe auch im Weinland sehr wichtig. Es gewährleistet Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort und sichert so Einkommen und Wohlstand.



Regierungsrat Ernst Stocker lässt sich das Zeichnen von Metallbaukonstruktionen erklären.

SVP BEZIRK MEILEN

Kantonale Wahlen stehen vor der Tür

ZB. Anlässlich der Eröffnung des «Leue-Märts» in Männedorf stellten sich die Kandidatinnen und Kandidaten der Bevölkerung von Männedorf vor.

Die zahlreichen Besucherinnen und Besucher nutzen dabei die Gelegenheit, mit den Volksvertretern ins Gespräch zu kommen und ihre Anliegen kund zu tun.

Auf dem Bild in der hinteren Reihe von links nach rechts: Theres Weber, Claudio Zanetti, Barbara Kluge, Rolf Zimmermann, Tumasch Mischol, Hans-Peter Amrein, Guido Bachofen (Grillmeister), vordere Reihe von links nach rechts: Thomas Lüthi, Christian Hurter, Domenik Ledergerber.

Sonntag, 22. März 2015

GIPFELTREFFEN AUF DEM ALTBERG
MIT DEN ZÜRCHER REGIERUNGSRÄTEN

MARKUS KÄGI

ERNST STOCKER

10:00 Uhr **Besammlung und Apéro**
aus dem Limmattal: beim Bauernhof Hanspeter Haug Wiesetäli, 8104 Weiningen
aus dem Furttal: beim Anna-Stüssi-Haus 8114 Dänikon

10:45 Uhr **gemeinsamer Marsch auf den Altberg**

11:45 Uhr **Ansprachen der Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker**
Sessionsrückblicke der Nationalräte Hans Egloff und Ernst Schibli

anschl. **Wurst vom Grill und geselliges Zusammensein**

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.
Pierre Dalcher Schlieren **Christian Lucek** Dänikon

Eine gemeinsame Veranstaltung der SVP Bezirke Dietikon und Dielsdorf

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

LESERBRIEF

Schluss mit der Bevormundung des Weinlandes

Zum Projekt «Balance» der Stadt Winterthur. Unsere kantonsrätliche Initiative (PI 18/2015) vom 19.01.2015 betreffend Forderung einer eigenständigen KESB auch im Bezirk Andelfingen erhält einen Steilpass und Unterstützung von unerwarteter Seite. Die Stadt Winterthur selbst will diesen unsäglichen KESB-Kolonialvertrag auf Ende 2017 kündigen und neu verhandeln. Dabei wird die Stadt den Landgemeinden wohl nicht mehr Kompetenzen zugestehen wollen, sondern einfach mehr Geld fordern. Das ist die passende Gelegenheit für den Bezirk Andelfingen, das Heft wieder selbst in die Hand zu nehmen. Dazu braucht es die von uns verlangte Gesetzesänderung, damit der Kanton das Weinland bei der Einteilung der KESB-Schutzkreise nicht weiter zweitklassig behandeln kann. Wir haben Anspruch auf die gleichen Rechte wie die Einwohner des übrigen Kantonsgebietes. Das heisst zum Beispiel, dass unsere Behörden die KESB-Mitglieder selber bestimmen, wieder eine bürgernahe Anlaufstelle in Andelfingen installiert wird und die erstinstanzliche Aufsicht durch den selbstgewählten Bezirksrat Andelfingen und nicht durch Winterthur erfolgt. Ich freue mich sehr auf diese Diskussion. Sie hat allerdings den Schönheitsfehler, dass sie erst nach den Wahlen stattfindet und die anderen Parteien bis dahin keine Tatbeweise für ihre Lippenbekenntnisse zum Weinland liefern müssen.

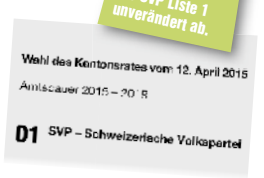
Konrad Langhart,
Kantonsrat, Oberstammheim

Wahlanleitung

So wählen Sie richtig für den Kanton Zürich

Wahlanleitung für die Kantonsratswahlen

1. Trennen Sie die SVP Liste 1 von den übrigen Wahlzetteln.
2. Legen Sie die SVP Liste 1 unverändert ins kleine Couvert.
3. Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.
4. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis so ins grosse Couvert stecken, dass die Adresse im Fenster erscheint.
5. Couvert verschliessen, frankiert in den nächsten Briefkasten oder unfrankiert direkt bei der Gemeindeverwaltung einwerfen.



Wahlanleitung für die Regierungsratswahlen

1. Nehmen Sie den blauen Wahlzettel aus den Unterlagen.
2. Schreiben Sie die Namen von Markus Kägi und Ernst Stocker auf je eine Linie.
3. Legen Sie den ausgefüllten blauen Wahlzettel ins kleine Couvert.
4. Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.
5. Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis so ins grosse Couvert stecken, dass die Adresse im Fenster erscheint.
6. Couvert verschliessen, frankiert in den nächsten Briefkasten oder unfrankiert direkt bei der Gemeindeverwaltung einwerfen.

EINE KLARSTELLUNG

Fünf politische Irrtümer, denen viel zu viele Wähler erliegen

Wie viele andere bin ich im Wahlkampf und führe viele Gespräche. Auf der Strasse, am Stammtisch, in der Küche, im Büro, auf dem Podium. Dabei gibt es Aussagen, die ich immer wieder höre. Und die mich immer wieder ärgern. Eine Klarstellung.

Simon Büchi
Kantonsratskandidat
Winterthur

1. *«Eine ausgewogene Regierung ist für den Kanton am besten».* Falsch. Die Tatsache, dass fast alle Kandidierenden für den Regierungsrat einen Kuschelkurs Richtung politische Mitte fahren, sagt mehr über deren Wahlstrategie als ihre Tauglichkeit aus. Ausgewogenheit heisst Stillstand, und Stillstand heisst Rückschritt. Im Übrigen: Ausgewogene Regierungen tendieren nach links, weil es für die Rechten viel einfacher ist, Ja zu neuen Ausgaben zu sagen als für die Linken, Nein zum Sparen zu sagen. Wer also auch nur annäherungsweise bürgerliches Gedankengut hat, darf keinesfalls einen Linken in die Regierung wählen.
2. *«Es braucht auch Linke in der Regierung. Wegen dem Sozialen und so.»* Falsch. In einer Jury, welche die beste Wurst kürt, hat ein Vegetarier nichts verloren – er hat schlicht keine Ahnung. Genau so können wir in einer Zeit, in der die Regierung vor allem Geld sparen und die Verwaltung entschlacken muss, nur Leute gebrauchen, die die Probleme anerkennen und lösen. Linke Regierungsvertreter hingegen haben noch immer einen Grund gefunden, warum gerade ihr Departement noch mehr Geld braucht. Ein Roboter, der jede Budgeterhöhung automatisch abnickt, würde dasselbe bewerkstelligen wie ein Sozialdemokrat, nur günstiger. Etwa 300 000 Franken günstiger.
3. *«Der freie Markt hat versagt. Deshalb muss der Staat intervenieren.»* Falsch. Wenn der Staat die Finger im Spiel hat, gibt es weiterhin einen Markt, dessen Währung allerdings nicht mehr Geld ist, sondern Meinungen und Interessen. Wer am lautesten schreit, gewinnt. Wer Beziehungen zur Politik hat, profitiert. Deshalb sitzen in den subventionierten Wohnungen so viele Beamte und Behördenträger. Ausserdem: Wenn der Markt versagt, soll der Staat ran. Doch was ist, wenn der Staat versagt? Bund, Kantone und Städte wursteln seit Jahren im Gesundheitswesen oder im Wohnungsbau herum (um nur zwei exemplarische Branchen zu nennen). Hat sich die Situation irgendwo verbessert, seit der Staat die Zügel in die Hände genommen hat?
Eben.
4. *«Ich bin eigentlich bürgerlich eingestellt, aber die Nachhaltigkeit ist mir wichtig, darum wähle ich grün.»* Falsch. Zweifellos haben die Grünen die Illusion erweckt, ihre Politik sei nachhaltig, ohne jemals einen Nachweis geliefert zu haben. Die passende Bezeichnung für die Politik der Grünen ist nicht *nachhaltig*, sondern *sozialistisch*. Nachhaltigkeit hingegen ist keine politische Ideologie, sondern eine Einstellung. Zum Beispiel die Einstellung, den Kindern und Enkeln keine Schuldenberge zu hinterlassen.
5. Und zum Schluss ein Evergreen: *«Hauptsache, man findet immer einen Kompromiss.»* Falsch. Ein Kompromiss ist dann erreicht, wenn jede Partei gleichermassen unzufrieden mit der Lösung ist. Wenn ich sage, 2+2 ergebe 4, und ein Kontrahent sagt 6, so besteht der Konsens nicht darin, sich auf 5 zu einigen. Denn 4 ist die richtige Antwort. Ich kämpfe solange für die richtige Sache, bis es eine Mehrheit einsieht. Und sollte es bis in die Ewigkeit dauern.

Simon Büchi ist Präsident der SVP Stadt Winterthur und kandidiert für den Kantonsrat.

MARKUS KÄGI UND ERNST STOCKER UNTERSTÜTZEN ORIGINELLE WAHLKAMPFIDEE

Politprominenz für Erik Boller zum Wahlkampfauftakt

Anfang März lancierte der SVP-Gemeinderat Erik Boller mit Unterstützung der beiden Regierungs-räte Ernst Stocker und Markus Kägi seinen aussergewöhnlichen Wahlkampf. Bei der Garage Emil Frey AG in Oerlikon enthüllte Boller zwei Wahlkampffahrzeuge, die er eigens für seine Kantonsratskandidatur gestalten liess.

ZB. Anfang März war es endlich so weit; der Wahlkampf von Erik Boller wurde lanciert. Zum ersten Mal präsentierte SVP-Kantonsratskandidat Boller die beiden aufwändig gestalteten Wahlkampffahrzeuge der Öffentlichkeit. «Neue und innovative Lösungen, oder einfach anders!» so Boller. Die beiden Regierungsräte Ernst Stocker und Markus Kägi, welche den Wahlkampf von Boller mit vollem Engagement unterstützen, zeigten sich sichtlich beindruckt: «Diese Fahrzeuge werden bestimmt auffallen und für Gesprächsstoff sorgen», meint Stocker schmunzelnd.

Erik Boller mit Ernst Stocker und Markus Kägi vor seinen Wahlkampffahrzeugen.

Mobiler Wahlkampf

Mit seinem Slogan «Boller, der Vorwärtsroller» macht er auf seine solide, weitsichtige und stets engagierte Arbeit aufmerksam. Erik Boller, der bereits seit 13 Jahren SVP-Gemeinderat in Wangen-Brüttisellen ist, ist täglich für seine Kandidatur auf Achse. Er reist täglich durch seinen Wahlbezirk Uster und ist an diversen Standaktionen anzutreffen. Um seine Botschaften an die Wählerinnen und Wähler zu tragen, sorgen auch seine zahlreichen Unterstützer für die mobile Präsenz in der Region. Die Fahrzeuge sollen immer in Bewegung bleiben. Damit dies gewährleistet ist und dem sozialen Engagement von Erik Boller Rechnung getragen wird, können die Fahrzeuge kostenlos für gemeinnützige Zwecke ausgeliehen werden. Boller erachtet gemeinnützige Arbeit als äussert wertvoll und engagiert sich schon lange für wohltätige, soziale Projekte. «Es gibt auch viele bürgerliche Politiker, die sich für gemeinnützige und wohltätige Zwecke engagieren», so Boller.

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Gemeinsam sind wir stark

Mitte Januar hat die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Aufhebung des Euro-Mindestkurses vollzogen. Dieser Entscheid kam für viele überraschend und ist für die exportorientierte Wirtschaft und den Tourismus natürlich nicht günstig. Allerdings war immer klar, dass die Bindung des Schweizer Frankens an den Euro mit einem Mindestkurs kein dauerhafter Zustand sein konnte. Jetzt braucht es umso mehr ein wirksames Deregulierungspaket und vor allem Selbsthilfe!

Auch wenn die Versuchung gross sein mag, jetzt von billigen Fremdwährungen durch Einkäufe oder Ferien im Ausland zu profitieren, ist das Gegenteil das Richtige. Wenn wir hier in der Schweiz einkaufen, können wir das einheimische Gewerbe und unsere Landwirtschaft unterstützen, und die Ferien in der schönen, vielseitigen Schweiz verbringen. Das ausgegebene Geld kommt somit wieder unserer Wirtschaft zugute und unterstützt die schweizerischen Detailhändler und Grossverteiler in ihren Bestrebungen, die Preise zu reduzieren und dem Euro anzupassen.

Natürlich ist auch die Politik gefordert. Hier heisst es: Deregulieren, die Bürokratie abbauen und die Rahmenbedingungen verbessern. So kann z. B. das Gewerbe entlastet werden, sei es durch Verzicht auf unnötige Statistiken oder ausufernde Bürokratiemassnahmen, wie die unsinnige Arbeitszeiterfassung. Zudem muss die Benachteiligung des privaten Sektors durch die öffentliche Hand gestoppt werden, z. B. in der Software-Entwicklung, da der private Sektor durch Aktivitäten der Bundesbetriebe zunehmend konkurrenziert wird.

Es gilt das duale Bildungssystem, unser Erfolgsprinzip, und damit den Erhalt von Arbeitskräften zu stärken. Die hiesigen Arbeitnehmer sind durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland durch die Aufhebung des Euro-Mindestkurses noch mehr konkurrenziert. Dies gilt es zu verhindern, die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern und zugunsten des Inländervorranges zu begrenzen.

Denn nicht zuletzt müssen wir auf unsere Werte und Stärken setzen. Sichere Arbeits- und Lehrplätze sind gerade in den letzten Wochen das meistgenannte Anliegen der Schweizer Bevölkerung. Darauf müssen wir bauen. Heute müssen arbeitslose Ausländer unser Land kaum mehr verlassen. Daher brauchen wir auch eine Beschränkung des Zugangs zu den Sozialwerken.

Mit gezielten Verbesserungen und der Stärkung der Wirtschaft sorgen wir für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Es geht um unseren Wohlstand und unsere Freiheit und letztlich um die Schweiz. Dafür setzen wir uns nachhaltig ein.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Rot/Grün hat einfach immer noch nichts gelernt

Im Gemeinderat wurden zwei Weisungen des Sozialdepartements behandelt, bei denen es um jährliche Beiträge in fünfstelliger Höhe ging. Obwohl ein Minus in der Stadtkasse resultiert, ist von sparen oder kürzen bei den Linken und Grünen nichts zu spüren.

Peter Schick
Gemeinderat SVP
Zürich 11

In einer Weisung zum Sozialdepartement geht es um jährliche Beiträge in Höhe von 122 000 Franken für Sozialberatung für die Zeitdauer von 2015–2018 für den Verein Jugendwohnnetz Zürich. Der Verein Jugendwohnnetz Zürich ist der grösste Anbieter von günstigem Wohnraum für Jugendliche und junge Erwachsene in Ausbildung und/oder mit tiefen Einkommen in der Stadt Zürich. Ziel des Vereins ist es, günstigen Wohnraum bereitzustellen und die Stärkung der Wohnkompetenz von Jugendlichen zu fördern. Zielgruppen sind junge Erwachsene zwischen 16 und 26 Jahren, die ein Brutto-Einkommen unter 30 000 Franken erzielen. Diese jungen Erwachsenen können entweder in Ausbildung, berufstätig oder in einer beruflichen Orientierungsphase sein. Das Jugendwohnnetz erschliesst jungen Menschen mit wenigen Chancen auf dem Wohnungsmarkt günstigen Wohnraum und erfüllt damit eine wichtige sozialpolitische und integrative Aufgabe.

Teure Beratung

Die Mieten liegen pro Person bei etwa 400 Franken pro Monat. Im Jahr 2013 waren es rund 1827 Mieterinnen und Mieter, die vom Verein Jugendwohnnetz Zürich unterstützt wurden. Diese Zahl ist sehr hoch und zeigt wieder einmal, dass die Eltern der Betroffenen keine Verantwortung für ihre Kinder übernehmen wollen. Sie schieben diese lieber der Allgemeinheit oder den Sozialdiensten unter. Es sind hier sicher auch Jugendliche darunter, die nur für ganz kurze Zeit eine solche Wohnung brauchen und möglichst schnell wieder auf eigenen Füssen stehen und unabhängig sein wollen.

Der Verein bietet seinen Mieterinnen und Mietern zusätzlich eine Sozialberatung an und hier liegt die Knacknuss, die Gegenstand dieser Weisung ist. Die Stadt Zürich finanziert jährlich 1280 Beratungsstunden, die den Steuerzahler 122 000 Franken kosten. Von den 1827 Jugendlichen im Jahr 2013 bezogen zehn Prozent einen hohen Beratungsaufwand von über 75 Prozent, der unter anderem zum obgenannten Betrag führte. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion, obwohl sie im Grundsatz den Verein Jugendwohnnetz Zürich unterstützt, diese Weisung, die die Sozialberatung betrifft, ab.

Der Verein Jugendwohnnetz Zürich steht sonst finanziell gut da und die SVP unterstützt diesen grundsätzlich. Doch die Zusatzleistungen wie die Sozialberatung sollen hinterfragt und gegebenenfalls gekürzt oder abgelehnt werden können. Insbesondere, weil die Stadt Zürich rote Zahlen schreibt, muss überall gespart werden, auch bei den Sozialleistungen. Es darf einfach nicht mehr selbstverständlich sein, dass, wenn jemand ein Problem hat, gleich welcher Art, einfach zur Stadt Zürich rennen kann und es wird ihm geholfen. Es müssen Zeichen zur Selbstverantwortung gesetzt werden. Zudem soll endlich auch das Beziehungsfeld, in dem die jungen Erwachsenen leben, aufwachsen und Verantwortung tragen. Die schönen, sorglosen und träumerischen Zeiten sind vorbei. Es wird ein rauerer Wind wehen in den nächsten Jahren!

Die SVP schaut hin!

In der anderen Weisung geht es um jährliche Beiträge von 94 200 Franken für die Zeitdauer 2015–2018 für den Verein Marie Meierhofer-Institut für das Kind. Dieser Verein bietet Beratungen an, gibt Informationen heraus und ist in der Praxisforschung tätig. Bei diesen zwei Weisungen geht das Geld an Vereine, die finanziell gut da stehen. Die SVP schaut hier, bei diesen Weisungen zum Sozialdepartement, sehr genau hin. In Zeiten knapper Mittel müssen Leistungen gekürzt oder sogar abgebaut werden! Man kann nicht mehr ausgeben, als man auch einnimmt. Auch wenn die Beiträge auf den ersten Blick nicht gross wirken. Aber genau die kleinen Beiträge haben es in sich. Hier können Zeichen gesetzt werden, die wehtun und die Bevölkerung endlich aufwachen lassen, da die Mittel in der Stadt Zürich immer knapper werden. Beide Weisungen werden vom rot/grünen Gemeinderat ohne Kürzungen durchgewinkt. Unser Referent, Roberto Bertozzi, und seine mahnenden Worte verhallen wirkungslos im Ratssaal.

SVP-FRAUEN DER STADT ZÜRICH

Unterstützung für Nina Fehr Düsel

Die SVP Frauen der Stadt Zürich unterstützen die Gemeinderätin und Kantonsratskandidatin Nina Fehr Düsel im Wahlkampf. Nina Fehr Düsel ist Mitglied bei den SVP-Frauen und kandidiert für die Kreise 7/8 in der Stadt Zürich. Unsere Standaktion am Kreuzplatz letzten Samstag war einmal mehr ein toller Erfolg. Wir verteilten Flyer und massenhaft Tirggel.

Präsent auf dem Kreuzplatz: Susanne Peter, Marianne Urfer Widmer, Lisa Teodoru (vorne), Margrit Haller (Präsidentin der SVP-Frauen), Nina Fehr Düsel (Kantonsratskandidatin), Romy Schibli-Albiez (von links nach rechts).

LESERBRIEF

Staat versus Privatwirtschaft

Aus dem Wulst von Grafiken und Statistiken über die Bundesverwaltung und staatsnahen Betriebe, die kürzlich veröffentlicht wurden, lässt sich herauslesen, dass das starke Beschäftigungswachstum des Staatsapparates volkswirtschaftlich höchst bedenklich ist. So haben die Verwaltung, das Gesundheitswesen, Erziehung, Unterricht und Heime sowie Sozialwesen ihren Personalbestand seit dem Jahr 2002 um über einen Drittel ausgebaut – er beträgt derzeit 25 Prozent der Gesamtzahl der Beschäftigten – während in den privatwirtschaftlichen Branchen bloss um 9 Prozent zugelegt wurde. Oder anders ausgedrückt: In unserem Land gibt es schon lange kein «Jobwunder» mehr, vielmehr breitet sich die Staats-Bürokratie auf Kosten der Steuerzahler wie ein Tatzelwurm aus.

Mehr Beschäftigte beim Staat mit automatischen Lohnerhöhungen heisst mehr Aufwand, mehr Umverteilungs- und Subventionskosten, aber leider keine Produktivitätssteigerung. Während die Privatwirtschaft versucht, den Währungsschock so rasch als möglich zu verarbeiten – man beisst auf die Zähne und schnallt den Gürtel enger – macht sich die Bundesverwaltung immer breiter und genehmigt sich rekordhohe Steuereinnahmen. Alles wird gebraucht, um die Tätigkeit des Staates auszubauen und in neue Gebiete zu verlagern. Zentralismus ist «in», Eigenverantwortung «out». Immer mehr von öffentlich Bediensteten und öffentlich Unterstützten profitieren vom Umverteilungsstaat und leben (geniessen) auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. Ein alter Gesellschaftsgraben wird noch breiter und tiefer: hier die Steuerzahler, dort jene, die von der Steuer leben.

Es darf nicht sein, dass der Staat sich verselbständigt auf Kosten der Privatunternehmen. Es ist meines Erachtens an der Zeit, dass zumindest die Bundesverwaltung bis auf weiteres zu einem Nullwachstum der Stellen und Kosten gezwungen wird, inklusive der extrem teuren, externen Mitarbeiter. Mit Mehreinsatz und weniger Genügsamkeit der Bundesbeamten, aber auch durch gezielte Effizienz- und Qualitätssteigerungen und weniger kostspielige Leerläufe (Informatik-Projekte), können allfällige Engpässe bei weitem ausgeglichen werden. Als willkommener Nebeneffekt stünden der Privatwirtschaft wieder mehr gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

LESERBRIEF

«Winterthur spart bei Polizisten und Lehrlingen»

«Zürichsee-Zeitung», 14. März 2015, S. 19.

Die Stadt Winterthur muss sparen. Verschiedene Massnahmen sollen ab 2019 eine Haushaltsentlastung von jährlich 43,6 Millionen Franken bringen. Dem Sparwillen der Winterthurer Stadtregierung muss grundsätzlich Lob entgegen gebracht werden. Unter anderem ist aber vorgesehen, dass 40 Lehrstellen abgebaut werden. Betroffen sind 15 KV-Lehrstellen, 1 Lehrstelle beim Zivilschutzamt, 4 Ausbildungsplätze bei der Spitex und 20 Plätze bei den Alterszentren.

Ich habe kein Verständnis, dass gerade bei der Ausbildung und somit bei der künftigen Generation von gut ausgebildeten Arbeitnehmern gespart wird. Überall wird darauf hingewiesen, dass es an Fachkräften fehlt. Gerade der Abbau im Gesundheitswesen ist deshalb nicht nachvollziehbar, da dort heute schon ein akuter Mangel an Fachpersonal besteht. Lehrlinge sind nicht die grossen Kostentreiber in Winterthurs Verwaltung. Ich bin überzeugt, dass es noch verschiedene andere Möglichkeiten gibt, den Sparwillen kund zu tun. Auf der einen Seite eine hohe Jugendarbeitslosigkeit beklagen und auf der anderen Seite Lehrstellen abschaffen, geht gar nicht. Sparen muss sein, aber am richtigen Ort.

Tumasch Mischol,
Kantonsratskandidat,
Hombrechtikon

SVP

SCHWEIZER QUALITÄT
Sichere Zukunft in Freiheit
SVP

Einladung zur Generalversammlung der SVP 10

Restaurant Limmatberg, Limmattalstrasse 228

Donnerstag, 26. März

Ab 19.00 Uhr	Apéro,
19.30 Uhr	Beginn der Veranstaltung
Anschliessend	Vorstellung der Kantonsratskandidaten
Referenten:	Bruno Amacker (SVP), Mauro Tuena (SVP)

Informieren Sie sich aus erster Hand!

www.svp-zuerich10.ch

Achtung!

Zahle
Höchstpreise
für
alle **Autos.**

Komme
bei Ihnen vorbei.

Tel. 044 822 26 11

Kantonsratswahlen vom 12. April 2015
Engagiert, erfahren

Karl Bertschinger
Kantonsratskandidat
SVP Bezirk Uster

Stabilität und Sicherheit

2x auf Liste 1

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

CCG
Event-Technik

CCG-Mietpark
Bramenstrasse 8
8184 Bachenbülach
Tel. +41 (0)44 307 11 55
www.ccg.ch

IHR KLEININSERAT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? **Inserieren Sie einfach und unkompliziert und erreichen Sie über 10 000 Leserinnen und Leser.** Füllen Sie dazu das Formular unter folgender Internetadresse aus:

www.stutz-druck.ch/kleininserate

Preise	ZÜRCHER BAUER	ZÜRCHER BOTE
Kleininserat, 2 Zeilen (112 x 10 mm = 4 Spalten x 10 mm)	Fr. 22.–	Fr. 38.–
Kleininserat, 3 Zeilen (112 x 15 mm = 4 Spalten x 15 mm)	Fr. 33.–	Fr. 57.–
Kleininserat, 4 Zeilen (112 x 20 mm = 4 Spalten x 20 mm)	Fr. 44.–	Fr. 76.–

Keine Layoutanforderung möglich, wird korrekturgelesen.

Einsendeschluss
jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Rufen Sie uns bei Fragen bitte an: Telefon 044 783 99 11

Öffentliche Veranstaltung, Bericht aus der Frühjahrssession

Schweiz im Wahljahr

Hans Fehr
Nationalrat SVP

Gesprächsleitung
Martin Suter

Martin Naef
Nationalrat SP

Dienstag, **24. März 2015** ab 20.00 Uhr
Restaurant Löwen, Rüti

Junge SVP | SVP Bezirk Hinwil www.svp-oberland.ch

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze für stufige Waldränder, Garten-, Bach- und Strassenbegleitbepflanzungen

Jungpflanzen
für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!

jk
Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
Fax 071 636 10 29
www.kressibucher.ch

Werkplatz stärken – Steuern senken!

SVP Liste 1 wählen

SVP Kt. Zürich, 8600 Dübendorf, PC 80-35741-3, www.svp-zuerich.ch

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Warum ist Bundes-Bern so ungehorsam und schwer von Begriff?

Dieses Empfinden hat die SVP Bachenbülach veranlasst, einen Informationsabend

am Mittwoch, 25. März 2015, 20 Uhr
im Pavillon bei der Mehrzweckhalle durchzuführen.

- **Warum** setzt Bundes-Bern die Ausschaffungsinitiative nicht wie versprochen wörtlich um, da man doch weiss, dass jeder verstrichene Tag Millionen kostet?
- **Warum** versteht Bundes-Bern nicht, ***was nicht verhandelbar*** heisst?

Wegen diesem Unwissen pilgert man zum Beichten nach Brüssel.

Neue Abstimmungen stehen an.
- **Radio und Fernsehgebühren** (Referendum)
- **Erbschaften** besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform). Volksinitiative

Über diese Probleme orientiert Sie
Gregor A. Rutz

Nationalrat der SVP. Ein Schweizer Politiker für die Schweizer/innen, dessen Deutsch man versteht …

Nach dem Vortrag können Sie Gregor Rutz mit Fragen «durchlöchern».

Er erwartet das, damit er die Nöte des Volkes in Bern besser vertreten kann.

Einladung
zum
Jazzmatinée

Die Veranstaltung findet auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der
Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, 8409 Winterthur-Hegi
statt. (Vis à vis Media Markt)

Sonntag 22.März 2015
von 10.00 Uhr - 16.00 Uhr

Es spielen für Sie: **von 11.00 – 15.00 Uhr**

TOGG SEVEN JAZZBAND

Eintritt frei / Festwirtschaft

Es freuen sich
SVP Winterthur und SVP Bezirk
Christian Achermann
www.christianachermannag.ch

SVP

Nein zur neuen Erbschaftssteuer

HEV Schweiz | BDP | CVP | FDP Die Liberalen | grünliberale | SVP

Überparteilicher Informationsabend

Am 14. Juni 2015 stimmen wir über die **Einführung einer neuen Erbschafts- und Schenkungssteuer** ab. Diese Volksinitiative führt zu einer **enormen steuerlichen Mehrbelastung**. Sie bringt grosse Nachteile, insbesondere für Hauseigentümer und Gewerbebetriebe. Darum lehnen der HEV Schweiz, aber auch eine breite Koalition aus CVP, FDP, SVP, GLP, Lega und BDP diese schädliche, ungerechte Initiative ab.
Informieren Sie sich aus erster Hand über diese wichtige Abstimmung! Besuchen Sie unseren Informationsabend und stellen Sie Fragen. Kompetente Referenten informieren Sie über den Abstimmungskampf, die geplanten Massnahmen und Aktivitäten!
Unsere Veranstaltung richtet sich vor allem an interessierte Kantonsräte, Mandatsträger, Parteiexponenten, aber auch interessierte Mitglieder von HEV und Parteien.

Referenten: **Hans Egloff**, Nationalrat SVP/Präsident HEV Kt. Zürich und HEV Schweiz
Beat Walti, Nationalrat FDP/Präsident FDP Kanton Zürich
Thomas Maier, Nationalrat GLP/Präsident GLP Kanton Zürich

Moderation: **Gregor Rutz**, Nationalrat SVP

Termin / Ort: **Montag, 23. März 2015 - 19.30 Uhr**
Zunfthaus zur Haue, Limmatquai 52, 8001 Zürich
(Zunftsaal, 1. Stock)

14. Juni
neue Erbschaftssteuer
NEIN

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung!

☐ Ich nehme am 23. März am Informationsabend in Zürich teil. ☐ Ich nehme _____ Begleitpersonen mit.

Name: _____

Adresse/e-mail: _____

Anmeldungen bitte an: Komitee «Nein zur neuen Erbschaftssteuer», c/o HEV Schweiz, Seefeldstr. 60, Postfach, 8032 Zürich
Fax 044/391'32'30 – info@neue-erbschaftssteuer.ch
(bis spätestens Freitag, 20. März 2015)

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 23. März 2015, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Affoltern / Aeugst
Jeden 1. Donnerstag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Eichhörnli, Aeugst.

Bezirk Andelfingen / Buch am Irchel
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Sonne, Hauptstrasse 12, Buch am Irchel.

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon / Birmensdorf, Aesch, Uitikon, Urdorf
Samstag, 7. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Restaurant Dörfli, Uitikon.

Samstag, 4. April 2015, 10.00–11.30 Uhr, Restaurant Landhus, Aesch.

Samstag, 2. Mai 2015, 10.00–11.30 Uhr, Restaurant Steinerhof, Urdorf.

Samstag, 6. Juni 2015, 10.00–11.30 Uhr, im Bistro des AZAB (Alterszentrum am Bach), Birmensdorf.

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Uster / Uster
Immer am ersten Samstag im Monat, 11.00 Uhr, Restaurant Puurehuus, Fehraltorferstrasse 8, Wermatswil.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Junge SVP Stadt und Bezirk Winterthur
Jeden ersten Freitag im Monat, ab 20.00 Uhr, in der First Choice Bar, Winterthur.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Jeden zweiten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Muggenbühlstrasse 15, Zürich-Wollishofen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 9.00 Uhr, Schützenhaus Albisgüetli, Uetlibergstrasse 341, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Holzschopf, Heinrichstrasse 112, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Ottenbach
Samstag, 21. März 2015, 9.30–11.00 Uhr, Dorfplatz, Ottenbach, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Bülach / Bachenbülach
Mittwoch, 25. März 2015, 20.00 Uhr, im Pavillon bei der Mehrzweckhalle, Bachenbülach, Vortrag von Nationalrat Gregor Rutz zu Themen wie: Warum ist Bundes-Bern so ungehorsam und schwer von Begriff? Warum setzt Bundes-Bern die Ausschaffungsinitiative nicht um? Neue Abstimmungen und Volksinitiativen etc.

Bezirk Dielsdorf
Dienstag, 24. März 2015, 20.00 Uhr, Feuerwehrgebäude Oberglatt, Öffentliches Podium zum Thema: Masseneinwanderungsinitiative, ein Jahr danach. Wie weiter? U. a. mit den SVP-Kantonsräten Barbara Steinemann und Beat Huber. Gesprächsleitung: SVP-Gemeinderat Stefan Schmid.

Bezirk Dietikon / Aesch
Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Dorfplatz, Aesch, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Dietikon
Montag, 23. März 2015, 19.30 Uhr, Restaurant Sommerau, Dietikon, Öffentlicher Informationsanlass «Altersvorsorge 2020». Referenten: Hanspeter Konrad, Direktor Schweizerischer Pensionskassenverband, SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi und Markus Binder, Arbeitsgruppe Altersvorsorge SVP Zürich. Anschliessend Apéro.

Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Kirchplatz, Dietikon, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Schlieren
Samstag, 28. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Zentrum, Schlieren, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dietikon / Urdorf
Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Spar Vorplatz, Urdorf, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Bezirk Hinwil / Rüti
Dienstag, 24. März 2015, 20.00 Uhr, Löwensaal, Rüti, öffentliche Veranstaltung/Streitgespräch zu Schwerpunkten der Märzsession mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, und Martin Naef, SP. Gratisapéro.

Bezirk Uster / Dübendorf
Mittwoch, 25. März 2015, 19.30 Uhr, Restaurant «La Cantina, Settimio», Im Schörli 5, Dübendorf, Öffentliche Veranstaltung: Wie bleiben wir frei? Mit Nationalrat Toni Brunner und SVP-Kantonsratskandidaten. Anschliessend Apéro.

Stadt und Bezirk Winterthur
Sonntag, 22. März 2015, 10.00–16.00 Uhr, auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur-Hegi, vis-à-vis Media Markt, Jazzmatinée. Es spielen für Sie von 11.00 bis 15.00 Uhr: Togg Seven, Jazzband. Eintritt frei/Festwirtschaft.

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 21. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, vor dem Café Mandarin im Morgental, Zürich-Wollishofen, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 3
Samstag, 21. März 2015, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–11.30 Uhr, Schmiede Wiedikon, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 6
Samstag, 21. März 2015, 9.30–11.30 Uhr, Schaffhauserplatz, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 9.30–11.30 Uhr, Rigiplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.30–11.30 Uhr, Schaffhauserplatz, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 7 und 8
Samstag, 21. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, im Einkaufszentrum Witikon, Zürich, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 10.00–12.00 Uhr, am Kreuzplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 10.00–12.00 Uhr, an der Höschgasse, Zürich-Seefeld, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 21. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Röschibachplatz, Wipkingen, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Donnerstag, 26. März 2015, 19.30 Uhr (Apéro 19.00 Uhr), Restaurant Limmatberg, Zürich, Generalversammlung und Vorstellung der Kantonsratskandidaten.

Samstag, 28. März 2015, 10.00–11.30 Uhr, Kappenbühlweg, Höngg, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Samstag, 4. April 2015, 10.00–11.30 Uhr, Röschibachplatz, Wipkingen, Standaktion mit Kantonsratskandidaten.

Stadt Zürich / Kreis 11
Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, an der Schaffhauserstrasse vor der Maria Lourdes Kirche, Seebach, Standaktion.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer — ISSN 1660-6701 — ISSN 2296–3480 — Der Zürcher Bote

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 63.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: bauernverband@zbv.ch. Ferdi Hodel (FH). Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Tel. 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, E-Mail: bauernverband@zbv.ch.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, E-Mail: zb@svp-zuerich.ch. Reinhard Wegelin (rw.), Tel. 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.stutz-druck.ch/content/der-zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, info@stutz-druck.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** print-ad kretz gmbh, Fredi Kretz, Tramstrasse 11, 8708 Männedorf, Telefon 044 924 20 70, info@kretzgmbh.ch. **Inseratenschluss:** Dienstag, 17.00 Uhr. **Druck:** Stutz Druck AG, Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil, Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, an der Jonas-Furrerstrasse, vor der Post, Affoltern, Standaktion.

Stadt Zürich / Kreis 12
Samstag, 21. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 28. März 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

Samstag, 4. April 2015, 9.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz vor Migros, Standaktion.

SVP-FRAUEN

Donnerstag, 21. Mai 2015, 19.30 Uhr, Rest. Mercure Stoller, Zürich, Mitgliederversammlung.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 14. April 2015, 19.15–21.30 Uhr, im Hotel City, Brunnen, Informations- und Leserbriefkurs zum Thema «Stopp dem schleichenden EU-Beitritt!» unter Leitung von Nationalrat Hans Fehr und alt Nationalrat Ulrich Schlüer. Kommen Sie einfach «auf den Platz»! Auskünfte bei Hans Fehr, 079 341 54 57.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 19. April 2015, **1. Ausfahrt.** Nähere Angaben folgen.

Generalversammlung
Freitag, 20. März 2015, 19.45 Uhr (Apéro ab 19.15 Uhr), Restaurant Zur Rossweid, Rossweidstrasse 2, Gockhausen. Anschliessend Nachtessen.

Stämme
Dienstag, 7. April 2015, 19.00 Uhr, Restaurant Zwillike, Ottenbacherstrasse 66, Zwillikon, **1. Stamm.**

Donnerstag, 7. Mai 2015, 19.00 Uhr, Ernst und Ursy Kuhn, Privatsammlung Töff-Oldi's, Klotenerstrasse 15, Dietlikon, **2. Stamm.**

VERANSTALTUNGEN ZU DEN KANTONS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN

Bezirk Bülach / Höri
Donnerstag, 26. März 2015, 19.45–21.30 Uhr (19.00 Uhr Apéro und Führung durch die Kunstschlosserei), Peter Hiltebrand, Altmannsteinstrasse 20, Höri, Referate von Nationalrätin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsrätin Ursula Moor (SVP). Anwesend sind SVP-Kantonsräte und -Kantonsratskandidaten.

Bezirk Dielsdorf / Bezirk Dietikon
Sonntag, 22. März 2015, 10.00 Uhr (Besammlung und Apéro), aus dem Limmattal: beim Bauernhof Hanspeter Haug, Wiesetäli, Weiningen. Aus dem Furttal: beim Anna-Stüssi-Haus, Dänikon. 10.45 Uhr: Gemeinsamer Marsch auf den Altberg. 11.45 Uhr: Ansprachen der Regierungsräte Markus Kägi und Ernst Stocker, Sessionsrückblicke der SVP-Nationalräte Hans Egloff und Ernst Schibli. Anschliessend Wurst vom Grill und geselliges Zusammensein.

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Samstag, 21. März 2015, 8.30–12.00 Uhr, Jugendhaus, Märtplatz 21, Effretikon, Öffentliche Wahlveranstaltung mit den Regierungsräten Markus Kägi und Ernst Stocker und SVP-Kantonsratskandidaten. Musikalische Unterhaltung mit den Winterthurer Bauchnuschti Stompers.

Bezirk Winterthur / Elgg
Dienstag, 24. März 2015, 20.00 Uhr, Werkgebäude Elgg, Podium zu den Kantonsratswahlen, u. a. mit SVP-Kantonsrätin Karin Egli-Zimmermann. Anschliessend Apéro.

Elgger Podium zu den Kantonsratswahlen

Moderation
Maureen Bailo, Tagesschau-Moderatorin, Schweizer Fernsehen
Stefan Reinhart, Tagesschau-Produzent, Schweizer Fernsehen

Auf dem Podium die Kandidierenden aus Elgg
Karin Egli Zimmermann SVP Bisher
Christoph Ziegler glp Bisher
Martina Lattmann SP Neu
Stephan Kübler SP Neu

Dienstag 24. März 20.00 Uhr
Werkgebäude Elgg
Anschliessend Apéro offeriert von der Gemeinde Elgg

Organisiert von den Ortsparteien
SVP · grünliberale · soso.elgg sachlich offen solidarisch · SP

Öffentliche Veranstaltung der SVP Illnau-Effretikon

Einladung zum „Gipfeltreffen„

Wir laden Sie herzlich ein,
unsere Regierungsrats- und Kantonsratskandidaten
bei Kaffee und Buttergipfel kennen zu lernen.

Samstag, 21. März 2015 ab 08.30 Uhr
Jugendhaus, Märtplatz 21, Effretikon

Musikalisch wird der Anlass untermalt von den
Winterthurer Bauchnuschti Stompers
welche mit beschwingtem Dixiejazz für Unterhaltung sorgen.

Kantonsratskandidaten stehen Red und Antwort von 08.30-12.00 Uhr

Regierungsratskandidaten stehen Red und Antwort von 09.00-10.00 Uhr
Markus Kägi, Niederglatt, Vorsteher der Baudirektion
Ernst Stocker, Wädenswil, Vorsteher der Volkswirtschaftsdirektion

Regierungsratskandidaten
(beide bisher)

Markus Kägi Ernst Stocker Stabilität & Sicherheit

SCHWEIZER QUALITÄT SVP